

Flüchtlinge sollen bis 2047 bleiben

Schlieremer Stadtrat will den Betrieb der Flüchtlingsunterkunft auf dem Färberhüsli-Areal um 20 Jahre verlängern.

Virginia Kamm

Rund 306 Geflüchtete muss die Stadt Schlieren aktuell aufnehmen. Seit Anfang Jahr beträgt die Aufnahmequote für Gemeinden im Kanton Zürich 1,5 Prozent. Das bedeutet, dass auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner 15 Geflüchtete kommen. Zuvor betrug die Aufnahmequote 1,6 Prozent. 120 dieser Geflüchteten, die in Schlieren leben, sind in der Flüchtlingsunterkunft auf dem Färberhüsli-Areal untergebracht.

Seit gut zwei Jahren steht die Unterkunft – nun dürften es noch einige mehr werden. Denn der Schlieremer Stadtrat hat sich kürzlich dafür ausgesprochen, die Anlage für weitere 20 Jahre zu betreiben. Er beantragt dem Gemeindeparlament, die Weiterführung während 20 weiterer Jahre ab 2028 zu bewilligen.

Wann das Parlament darüber befinden wird, ist noch offen.

Die beiden Modulbauten, die sich auf dem Areal hinter dem Spital Limmattal befinden, sind seit März 2024 in Betrieb. 2023 hat der Stadtrat dafür 5,6 Millionen Franken gesprochen. Ursprünglich war geplant, auf dem Färberhüsli-Areal während dreier Jahre Geflüchtete unterzubringen, also bis 2027. Eine mögliche Verlängerung stand schon damals im Raum.

«Die bisherigen Betriebs Erfahrungen sind positiv. Der Betrieb verläuft geordnet, und die Integration in das Quartier funktioniert gut. Es sind keine wesentlichen Beschwerden aus der Nachbarschaft bekannt», heisst es im kürzlich veröffentlichten Stadtratsbeschluss. Weiter betont der Stadtrat, dass es nicht um einen Ausbau der Anlage gehe, sondern um eine

Weiterführung des bisherigen Betriebs.

Frage ist nicht «ob», sondern «wie»

«Dem ursprünglichen Entscheid lag eine ausserordentlich angespannte Unterbringungssituation zugrunde», so der Stadtrat weiter. Daran habe sich bis heute nicht viel geändert. Hinzu kommt die derzeit tiefe Leerwohnungsziffer: In Schlieren betrug sie 2025 rekordverdächtige 0,03 Prozent. Das bedeutet, dass nur 0,03 Prozent aller Wohnungen frei waren. Zum Vergleich: In Dietikon lag die Leerwohnungsziffer im vergangenen Jahr bei 0,55 Prozent, in der Stadt Zürich bei 0,1 Prozent, im ganzen Kanton bei 0,48 Prozent.

«Die Stadt ist gesetzlich verpflichtet, die ihr zugewiesenen Personen unterzubringen», so der Stadtrat. Die Frage

sei also nicht, ob man die Geflüchteten aufnehmen wolle, sondern was «die wirtschaftlich und organisatorisch zweckmässigste Form» sei. Würde die Stadt die heutige Unterkunft bis Ende 2027 abreißen, hätte sie wieder das gleiche Problem wie damals 2023, «ohne dass sich die strukturellen Rahmenbedingungen wesentlich verändert hätten».

Wohnungen zu mieten, käme teurer

Als Alternative zur Flüchtlingsunterkunft könnte die Stadt Wohnungen für die Geflüchteten mieten. Rund 20 Wohnungen wären nötig, geht man von einer durchschnittlichen Belegung von sechs Personen pro 4,5-Zimmer-Wohnung aus. Bei einem durchschnittlichen Mietzins von monatlich 2400 Franken pro Wohnung resul-

tierten jährliche Ausgaben von 576'000 Franken.

Der Rückbau der heutigen Unterkunft würde die Stadt zusätzlich rund 300'000 Franken kosten. Auf dem aktuellen Wohnungsmarkt 20 geeignete Wohnungen zu finden, erachtet der Stadtrat als «praktisch nicht realisierbar». Für den weiteren Betrieb der Flüchtlingsunterkunft ab 2028 rechnet die Stadt mit jährlichen Kosten von 399'000 Franken.

Was nach den nun zur Debatte stehenden 20 Jahren mit dem Färberhüsli-Areal passieren soll, ist noch unklar. Wie Liegenschaftenvorsteherin Manuela Stiefel (parteilos) auf Anfrage sagt, handle es sich beim Areal, das eine Zone für öffentliche Bauten ist, um die «letzte grüne Lunge der Stadt». Daher lasse man die weitere Nutzung bewusst noch offen.